

WELTGESUNDHEITSVERSAMMLUNG

Merkel sagt Hilfe für Gesundheitssysteme zu

Nach der Ebola-Krise mit mehr als 11 000 Toten hat sich Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) für eine Reform der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ausgesprochen. Deren Fähigkeit zur Krisenreaktion auf den Ausbruch gefährlicher Krankheitserreger müsse deutlich verstärkt werden, erklärte Merkel am 18. Mai bei der Eröffnung der Weltgesundheitsversammlung, des höchsten WHO-Beschlussorgans. WHO-Generaldirektorin Margaret Chan erklärte, als Konsequenz aus der Ebola-Krise werde ein Krisenreaktionsfonds eingerichtet, aus dem Sofortmaßnahmen bei Ausbrüchen gefährlicher Erreger finanziert werden können. Der Fonds soll über 87 Millionen Euro verfügen.

Merkel sagte, Deutschland wolle neben dem Kampf gegen Ebola auch Bemühungen zur Eindämmung vernachlässigter und zumeist armutsbedingter Tropenkrankheiten unterstützen. Für den Aufbau von Gesundheitssystemen in armen Ländern werde die Bundesrepublik 200 Millionen Euro bereitstellen, davon allein 70 Millionen für Liberia.

Die Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen kritisierte, die Bundes-



Die Kanzlerin spricht sich für eine Reform der WHO aus.

Foto: picture alliance

kanzlerin habe den zentralen Punkt der Gesundheitsforschung praktisch nicht erwähnt. Es mangle an effizienten Medizinprodukten, „weil sie wegen geringer Profitchancen für die private Industrie nicht interessant sind“, beklagte der Koordi-

nator der Medikamentenkampagne des Hilfswerks, Philipp Frisch. Die Staaten müssten Verantwortung übernehmen und das Marktversagen ausgleichen (siehe auch „Mehr Helfer schneller mobilisieren“ in diesem Heft). *kna*

Zitat der Woche

„Mit 49 Jahren hat man nicht mehr so oft die Chance, ein Gremium noch zu verjüngen.“

Dr. med. Susanne Johna stellt sich den Abgeordneten des Deutschen Ärztetages als Kandidatin für den Vorstand der Bundesärztekammer vor.

KRANKENHAUSKEIME

Antibiotika-Resistenzstrategie beschlossen



Foto: dpa

Wer Hygiene im Krankenhaus verbessern will, muss für mehr Lehrstühle in diesem Bereich sorgen, befand der 118. Deutsche Ärztetag.

Das Bundeskabinett hat am 13. Mai die Deutsche Antibiotika-Resistenzstrategie 2020 (DART) beschlossen. Mit ihr sollen die 2008 begonnenen Anstrengungen fortgesetzt werden. „Die weltweite Ausbreitung von Antibiotika-Resistenzen muss gestoppt werden. Wenn Antibiotika nicht mehr wirken, drohen die Behandlungsmöglichkeiten in ein Vor-Penicillin-Zeitalter zurückzufallen, mit dramatischen Konsequenzen“, sagte Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) nach der Kabinettsitzung. Bereits im März hatte Gröhe einen Zehn-Punkte-Plan gegen gefährliche Krankenhauskeime vorgestellt,

der insbesondere die Meldepflichten für Kliniken konkretisierte. Dies sei Teil der Maßnahmen, die auch künftig verschiedene Politikfelder betreffen, so der Minister.

Der 118. Deutsche Ärztetag appellierte an die Politik, dafür zu sorgen, dass das Personal in den Kliniken aufgestockt werde. Der Zehn-Punkte-Plan der Bundesregierung erwähne zwar das Hygieneförderprogramm zur Einstellung von Hygienepersonal. „Leider mangelt es aber in den Krankenhäusern bei der Patientenversorgung an ausreichend ärztlichem und pflegerischem Personal“, kritisierten die Delegierten. *ER*